

**Der frühe Vogel, kann am Wahltag ausschlafen.
Jetzt gemütlich Briefwahl machen!**

DIE LINKE.
Stadtverband Halle (Saale)

Linkes Blatt

DIE LINKE.

9. Ausgabe / 27. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

11. September 2017

Unterstützung im Wahlkampfendspurt

Liebe Genossinnen und Genossen,
die letzten drei Wahlkampfwochen sind angebrochen, jetzt heißt es nochmal alle Kräfte mobilisieren und DIE LINKE unterstützen. Wie könnt ihr uns helfen?

1.) Wir haben für diesen Wahlkampf 50.000 Briefwahlpostkarten drucken lassen, die zusammen mit der Postkarte von Petra Sitte so schnell wie möglich gesteckt werden sollen. In folgenden Stadtvierteln:

Nördliche Neustadt, Westliche Neustadt, Südliche Neustadt, Silberhöhe, Heide Nord, Südstadt, Lutherplatz/Thüringer Bahnhof, Südliche Innenstadt, Trotha, Freimfelde/Kanenaer Weg.

Auch wenn ihr nicht dort wohnt, würden wir uns über eure Unterstützung sehr freuen, meldet euch einfach zur Koordination unter: 0176/20925318 oder per Mail an info@dielinke-halle.de bei Matthias

2.) Für die letzten Wochen planen wir nochmal einige Infostände und Aktionen (Kaffeeausschenken an Pendler, Kneipentour, WahlBar). Auch dafür wird noch dringend Unterstützung gesucht (Standbetreuung und Autos für den Transport). oder schickt uns die Nummern der Stände/Aktionen, an denen ihr teilnehmen könnt/wollt)

Die aktuellen Listen der Infostände und der Aktionen findet ihr im Linken Laden oder erfragt sie unter 0176/20925318 oder per Mail an info@dielinke-halle.de. Vielen Dank für eure solidarische Unterstützung im Wahlkampfendspurt.

Marianne Böttcher

**Petra Sitte:
Links. Was sonst.**



DIE LINKE.

www.petra-sitte.de

DIE LINKE. SACHSEN-ANHALT

Bundestagswahl 2017 – Wahlkampfhöhepunkte der LINKEN in Sachsen-Anhalt

Gregor Gysi in Sachsen-Anhalt

11. September, Köthen, Holzmarkt, 14 - 16 Uhr,
mit Gregor Gysi und
Jan Korte, Direktkandidat im
Wahlkreis 71 - Anhalt

Der LINKE TRUCK in Sachsen-Anhalt

Der Wahlkampftruck rollt erstmals in einem Bundes-
tagswahlkampf für DIE LINKE durch Deutschland.
Das knapp 14 Meter lange Gefährt wird vom August
bis September rund 50 Städte anfahren. Der Truck ist
Werbefläche, Bühne und Anlaufpunkt in einem. In
Sachsen-Anhalt macht er dreimal Station:

15. September

**Bitterfeld, Robert-Schumann-Platz,
11 – 13 Uhr,**

Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der LINKEN,
Jan Korte, Direktkandidat im Wahlkreis 71 - Anhalt,
Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Direkt-
kandidat im Wahlkreis 66 - Altmark

20. September

**Salzwedel, Breite Straße,
11 - 12:30 Uhr,**

Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der LINKEN,
Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Direkt-
kandidat im Wahlkreis 66 - Altmark

20. September

**Stendal, Sperlingsberg,
16:30 – 18 Uhr,**

Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der LINKEN,
Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer und Direkt-
kandidat im Wahlkreis 66 - Altmark

Dietmar Bartsch in Sachsen-Anhalt

15. September

Bitterfeld, Robert-Schumann-Platz, 16 – 18 Uhr,
Trucktour mit
Dietmar Bartsch, Jan Korte, Matthias Höhn

20. September

Salzwedel, Breite Straße, 11 - 12:30 Uhr,
Trucktour mit
Dietmar Bartsch, Matthias Höhn

20. September

Stendal, Sperlingsberg, 16:30 – 18 Uhr,
Trucktour mit
Dietmar Bartsch, Matthias Höhn

20. September

Magdeburg, Volksbad Buckau, 19 Uhr,
Dietmar Bartsch, Eva von Angern, Direktkandidatin
im Wahlkreis 69 – Magdeburg,
Matthias Höhn

Gemeinsamer Wahlkampfhöhepunkt der mdr-Länder mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

21. September

**Wahlkampfhöhepunkt der Länder Sachsen, Sach-
sen-Anhalt und Thüringen**
**Leipzig, Richard-Wagner-Platz,
15:30 - 18:30 Uhr**
mit Sahra Wagenknecht, Petra Sitte, Katja Kipping,
Martina Renner und Dietmar Bartsch.

Anke Lohmann
Pressesprecherin

In Berlin und (H)alle dabei – Wer die Wahl hat, hat die Macht

Es war einmal ein König. Der herrschte ganz allein über ein großes Volk. Er konnte bestimmen, was er wollte, denn es gab niemanden, der ihm sagte, was richtig oder falsch war. Also erhob er sehr hohe Steuern, um sich viele schöne Schlösser zu bauen. Er lebte in Reichtum und Luxus. Sein Volk hingegen hungerte und war arm, denn die hohen Steuern nahmen den Menschen alles, was sie hatten. Die Kinder konnten nicht zur Schule gehen, da sie ihren Eltern bei der Arbeit helfen mussten. Und die Eltern konnten von ihrer Arbeit nicht leben, da kaum etwas vom Lohn übrig blieb.

Doch der König bekam nicht genug und forderte immer mehr von der Bevölkerung. Das machte die Menschen sehr wütend. Also begannen einige von ihnen sich zusammenzuschließen und die Arbeit niederzulegen, um so für mehr Lohn zu streiken. Sie gingen auf die Straßen und demonstrierten für mehr Gerechtigkeit, höhere Löhne und niedrigere Steuern. Doch der König schickte seine Soldaten und ließ einige protestierende Menschen verhaften. Aber die Menschen wurden nicht leiser und der König zweifelte und sprach mit den Gefangenen. Sie erzählten ihm von ihrem Elend. Der König war bestürzt und bereute es, so herzlos gewesen zu sein. Also legte er seine Krone ab, ließ die Gefangenen frei und öffnete seinen Palast dem Volk.

Mit der Unterstützung des Königs wählten die Menschen ein Parlament aus gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten, die die Bevölkerung vertreten sollten. Jene Vertreterinnen und Vertreter schrieben eine Verfassung, in der alle Rechte des Volkes festgehalten wurden. Alle Menschen sollten gleich sein. Sie erschufen ein System, welches den Politikerinnen und Politikern eine vorübergehende Regierungsausübung zusprach. Zukünftig sollen nun alle vier Jahre neue Wahlen stattfinden, damit die Interessen des Volkes gewahrt bleiben. Dabei muss über jedes Anliegen und jedes neue Gesetz debattiert und mehrheitlich entschieden werden.

Die Demokratie war geboren.

Ende gut, alles gut.

Nun ist die Demokratie kein Märchen, sondern Realität. In Deutschland wählen wir alle vier Jahre den Bundestag. Verschiedenste Parteien treten an und

setzen sich für unterschiedliche Interessen der Bevölkerung ein. Die einen stehen für soziale Gerechtigkeit und faire Löhne, die anderen für Umweltschutz und nachhaltige Energie und wieder andere für eine freie Wirtschaft und für Aufrüstung.

Die Menschen in Deutschland haben nun die Wahl, wen sie in der Regierung sehen möchten beziehungsweise, von wem sie vertreten werden wollen. Also können sie am 24. September in die Wahllokale gehen und jene Parteien wählen, die ihnen am meisten zusagen – oder zumindest das geringste Übel darstellen. Am Ende entscheidet das Wahlergebnis. Die Parteien mit den meisten Stimmen erhalten logischerweise die meisten Plätze im Bundestag. Bei einer absoluten Mehrheit kann diese Partei dann allein regieren. Hat sie keine absolute Mehrheit, so benötigt sie eine Partnerpartei für eine gemeinsame Regierung. Die anderen Parteien, welche nicht genug Stimmen bekommen haben, um eine Regierung zu bilden, stellen die Opposition dar. Das bedeutet, dass sie das widersprechende beziehungsweise kritische Element – man könnte auch Gewissen sagen – der Regierung darstellen. Sie ist wichtig, damit Anträge, zum Beispiel zur Kürzung von Sozialleistungen oder zu mehr Auslandseinsätzen der Bundeswehr, nicht einfach durchgewunken, sondern debattiert werden. Darum dauern Entscheidungen auch länger, als wenn eine Partei oder eine Person allein entscheiden könnte. Aber das ist auch gut so. Denn wenn alle Argumente abgewogen und gehört worden sind, entscheidet die Mehrheit über die Annahme oder die Ablehnung eines Antrages.

Ja, auch eine Regierung ist nicht perfekt und trifft Fehlentscheidungen. Aber das lässt sich ändern. Denn die Menschen in Deutschland können bei der nächsten Wahl wieder neu bestimmen, wer die Regierung bilden soll. Wichtig ist dabei, dass sie ihr Kreuzchen setzen.

Aber sagen wir mal, die Menschen möchten mehr soziale Gerechtigkeit und gehen nicht wählen.

Was passiert dann?

Jede Stimme, die nicht abgegeben wird, ist eine Stimme für jene Parteien, die nicht für soziale Gerechtigkeit stehen. Denn die werden ja auch gewählt. Wenn also 100 Menschen wahlberechtigt sind und

nur 40 davon gehen wählen, dann wählen diese 40 Menschen womöglich eine Regierung, mit der die 60 Nichtwählerinnen und -wähler nicht einverstanden sind. Wenn aber jene 60 Menschen auch zur Wahl gehen, so können ihre Stimmen entscheidend sein, um eine Regierungsveränderung herbeizuführen. Wissen können wir das im Vorfeld natürlich auch nicht, aber eines ist sicher: Das Wahlrecht ist ein Gut, welches sich die Menschen über einen langen Zeitraum hart erkämpfen mussten. Es ist das wichtigste demokratische Instrument.

Natürlich gibt es auch noch andere Möglichkeiten Demokratie zu leben und zu gestalten. Wer nicht nur ein Kreuzchen machen möchte, der kann sich beispielsweise auch selbst wählen lassen und so womöglich in ein Parlament einziehen und aktiv Politik machen.

Mal abgesehen vom aktiven und passiven Wahlrecht gibt es noch mehr Wege demokratischer Mitbestimmung. DIE LINKE. fordert in ihrem Wahlprogramm unter anderem verpflichtende Bürgerentscheide. So sollen zukünftig die Bürgerinnen und Bürger über Großprojekte in Bund, Ländern und Kommunen entscheiden dürfen. Darüber hinaus sollen Gesetzgebungs- und Regierungshandeln transparenter gestaltet werden. So sollen zum Beispiel alle Bundesbehörden zur Veröffentlichung amtlicher Dokumente verpflichtet werden. Volksbegehren, Volksentscheide und Volksinitiativen sollen auf Bundesebene eingeführt und den Bürgerinnen und Bürgern ein Vetorecht bei parlamentarischen Entscheidungen eingeräumt werden. Und was die Wahlen angeht, so muss die Fünf-Prozent-Klausel abgeschafft und das Wahlalter auf 16 abgesenkt werden.

Demokratie muss aber auch außerhalb von Parlamenten, Wahllokalen und Wahlkämpfen gelebt und gestaltet werden. Das ehrenamtliche Engagement von Menschen ist dabei ein unverzichtbares Element. Dementsprechend muss es unterstützt werden. Dabei dürfen ehrenamtliche Tätigkeiten, die mit einer Aufwandsentschädigung verbunden sind, nicht zum Ersatz für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze werden, wie es derzeit passiert. DIE LINKE. will die Bedingungen für freiwilliges Engagement verbessern. Bildungsdienste und Internationale Freiwilligendienste für junge Menschen im In- und Ausland müssen besser gefördert werden. Auch die ehrenamtliche Arbeit im Rettungswesen und im Katastrophenschutz

benötigen dringend verbesserte und sichere Arbeitsgrundlagen. Und damit ehrenamtliche Arbeit langfristig und nachhaltig möglich bleibt und koordiniert werden kann, braucht es gesicherte und ausgebaute hauptamtliche Strukturen.

Demokratie lebt vom Engagement und von den lauten und starken Stimmen der Menschen, die diese Gesellschaft gerechter, sozialer und schlichtweg besser machen wollen. Ein kleines Kreuzchen kann so viel verändern. Wer die Wahl hat, hat die Macht. Am 24. September gibt es die nächste Chance auf Veränderung. Also macht einen Spaziergang ins nächste Wahlbüro, zückt den Stift und nutzt die Macht in euren Händen für mehr soziale Gerechtigkeit.

Und wer es bis zum 24. September nicht abwarten kann, oder ausgerechnet an diesem Sonntag etwas anderes vorhat, der kann auch jetzt schon wählen; ganz bequem von zu Hause aus per Briefwahl. Einfach die Wahlunterlagen beantragen. Wie das genau geht, steht in der Wahlbenachrichtigung, die vor kurzem im Briefkasten gelandet ist.

Also keine Ausrede mehr. Kreuzchen machen und die Gesellschaft aktiv mitgestalten.

Los geht's!

Einberufungsbeschluss GMV 21.10.2017

Der Stadtvorstand beruft mit Beschluss vom 16.08.2017 für den 21.10.2017 eine Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE. Halle (Saale) in den Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 6, ein.

Die Tagesordnung der Versammlung wird beinhalten:

- > Wahlen des Stadtvorstandes
- > Wahlen der Finanzrevisionskommission
- > Wahlen der Delegierten für die Jahre 2018 / 2019 zu den Bundesparteitag
- > Wahlen der Mitglieder des Landesausschusses
- > Berichte des Stadtvorstandes, der Stadtratsfraktion, der Finanzrevisionskommission;
- > Auswertung Wahlen
- > Aussprache und Beschlussfassung

Aktuelles aus dem BBZ „lebensart“ e. V.

Recherche zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt in Wahlprogrammen der Parteien

Das BBZ „lebensart“ e. V. hat in die Wahlprogramme der Parteien geschaut, welche Chancen auf einen Einzug in den nächsten Bundestag haben und nach Aussagen zu geschlechtlich-sexueller Vielfalt gesucht. Wir haben uns entschieden, auch Passagen aus dem AfD-Programm in die Übersicht aufzunehmen. Deren rückwärts gewandte, ultrakonservative Positionen sprechen für sich - und gegen die Gleichstellung und Akzeptanz von LSBTI.

Ergebnisse der Recherche: http://www.bbz-lebensart.de/CMS/uploads/BTW2017_Programme_LSBTI.pdf

Parteien beantworten Wahlprüfsteine des LSVD zur Bundestagswahl

Unter dem Motto „Blockaden brechen – Respekt wählen! Gemeinsam für Freiheit und gleiche Rechte“ erhebt der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) zur Bundestagswahl 2017 sieben Forderungen. CDU/CSU, SPD, DIE LINKE, GRÜNE, FDP und AfD wurden zu ihren Positionen befragt. Der LSVD schreibt in seiner Auswertung: „Am besten schnitten Linke und Grüne ab, gefolgt von SPD und FDP. Weit abgeschlagen liegt die Union auf Platz fünf. Deutliches Schlusslicht ist jedoch die AfD. Der LSVD rät dazu, sich nicht von einer lesbischen Spitzenkandidatin täuschen zu lassen, sondern auf die konkreten Vorhaben der AfD zu schauen. Als einzige Partei will die AfD bestehende Bildungs- und Aktionspläne gegen Homo- und Transphobie beenden und das Antidiskriminierungsgesetz abschaffen. Diese homophobe Politik dokumentiert die AfD auch in der Beantwortung unserer Wahlprüfsteine: Sie möchte hart erkämpfte Rechte beschneiden und Erfolge in der Gleichstellung zurückdrehen.“

<https://www.lsvd.de/politik/bundestagswahl-2017.html>

Kongress „Geschlechtliche Vielfalt (er)leben“ vom 22. bis 24. September in Magdeburg

Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland e. V., der in

Kooperation mit anderen Trägern den Kongress veranstaltet, schreibt in der Ankündigung „Noch immer erleben Inter*- und Trans*Menschen in ihrem Lebensalltag vielfältige Formen der Diskriminierung und Ausgrenzung. Sei es, dass sie von ihren Mitschüler*innen gehänselt werden, im Arbeitsleben vom Informationsfluss ihrer Kolleg*innen abgeschnitten sind oder Schwierigkeiten bei der Partner*innensuche fürchten müssen. All dies kann auch völlig anders verlaufen: Es wird nicht mehr differenziert, welches körperliche Geschlecht von der Umwelt als ‚eigentliches Geschlecht‘ antizipiert wird, sondern der Mensch wird so anerkannt, wie er es seinen Mitmenschen vermittelt... In den letzten Jahren unternahm man viel für die Beschreitung dieses Weges... Diese gesellschaftlichen Wandlungsprozesse wollen wir zum Anlass nehmen, eine Gegenwartsdiagnose in aller Differenziertheit darzustellen. Wir möchten Sie einladen mit Beteiligten aus der Community, Fachkräften und Wissenschaftler*innen ins Gespräch zu kommen, zu diskutieren und verschiedenste Lösungsansätze weiter zu ermöglichen.“

Informationen und Anmeldung: <http://www.trans-inter-aktiv.de/kongress/kongress-2017/>

Tagung „Was ist das für 1 Männlichkeit?“ der Heinrich-Böll-Stiftung am Freitag, 29. September 2017, 11 bis 18 Uhr in Halle (Saale)

Auf der Tagung wird analysiert, welche Selbst- und Fremdbilder von Männlichkeit existieren. Wie prägt Rassismus Bilder von Männlichkeit? Welche Geschlechterbilder und -konstrukte werden durch rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen propagiert? Wie kommt man in Zeiten antifeministischen Gegenwindes voran auf dem Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft? Und welche Positivbeispiele von Männlichkeiten gibt es?

Anmeldungen bis zum 11. September 2017 per E-Mail an: anmeldung@boell-sachsen-anhalt.de mit Name, Vorname, Wohnort, derzeitige Tätigkeit bzw. Institutionszugehörigkeit, Workshop-Wunsch.

Programm: <http://www.boell-sachsen-anhalt.de/event/was-ist-das-fuer-1-maennlichkeit/>

Queer Lexikon und Podcast ‚Buchstabensuppe‘

Ziel des Projektes in Trägerschaft von Lambda Baden-Württemberg ist es, Jugendlichen und jungen Erwachsenen kostenlose, umfassende, nicht-diskriminierende und leicht zugängliche Informationen über die Vielfalt von Sexualität und Geschlecht bereitzustellen. Das Team schreibt: „Diese Themen werden oft in Schule und außerschulischer Jugendarbeit nicht (genügend) thematisiert. Es geht dabei darum, Jugendlichen bei ihrem inneren oder äußeren Coming Out zu helfen, indem wir zeigen, wie vielfältig Geschlecht und Sexualität sind. Es geht uns auch darum, allgemeine Aufklärung bereitzustellen....Die Podcasts können aber auch für den Unterricht oder die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit als Aufklärungs(hilfs)mittel benutzt werden.“

Das Queer Lexikon ist ein Online-Lexikon, das Begriffe und Themen erklärt. Die Texte sind wissenschaftlich recherchiert, aber einfach geschrieben, damit sie auch alle verstehen. Der Podcast Buchstabensuppe ist ein animierter kostenfreier Video-Podcast für Jugendliche und junge Erwachsene.

<https://queer-lexikon.net/wp/>

**Senioren-Cafe' am 27. September
ab 14:30 Uhr**

im Linken Laden, Leitergasse 4

Gesprächsrunde: Deutschland hat gewählt -
wie weiter?

**Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger
am 27. September ab 17 Uhr im Kartoffel-
haus, Willy-Brandt-Straße 44**

Diskussion mit Dr. Achim Bittrich über Ergebnisse
der Bundestagswahl, erste Schlußfolgerungen
- Gäste sind herzlich willkommen ! -

Vorschau:

**Senioren-Cafe' am 25. Oktober ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4:**

Was ist Heimat ? Gefühl - Kunst - Vision ?

In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-
Stiftung, Vortrag von Dr.phil.habil Viola Schubert-
Lehnhardt



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
September Geburtstag haben.**



Aus der Stadtratssitzung am 30.08.2017

Die Sommerpause ist vorbei. Auf der Stadtratssitzung standen wieder Entscheidungen des Stadtrates zu sehr aktuellen Themen, wie z.B. dem Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhauscheibe in Halle-Neustadt, der Baubeschluss – Allgemeine Sanierung Zweite Integrierte Gesamtschule Halle, die Weiterführung der Finanzierung. Sprachförderung an Schulen im Stadtgebiet, der Wirtschaftsplan 2017 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle u.a.m. Der Reihe nach!

Zu erwähnen ist, dass in der Einwohnerfragestunde u.a. auch eine Vertreterin des „HASI“ gefragt hat, wie die Verhandlungen mit der HWG weitergehen, denn die Verhandlungen laufen aus. Das „HASI“ ist ein Projekt, das seit 19 Monaten arbeitet, ein vielfältiges soziokulturelles Programm entwickelt und von der Zivilgesellschaft viel Zuspruch bekommen habe. Der OB zeigte sich optimistisch, dass eine Lösung gefunden werden würde, verwies auch darauf, dass aber der kontaminierte Boden beseitigt werden muss. In seinem Bericht sprach der OB mehrere Themen an.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345/20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

Spenderbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.09.2017
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.10.2017

So gab er bekannt, dass die Saalesparkasse sich als Eigentümerin für den Literaturhausverein als neuen Nutzer entschieden hat. Im Kunstforum wird es Lesungen, Kamingspräche, Schreibwerkstätten u.a.m. geben.

Zur weiteren Entwicklung der Theater, Oper und Orchester GmbH führte er aus, dass die Verhandlungen mit dem Land mit dem Ziel geführt werden, 1,7 Mio. EUR mehr Zuschüsse zu erhalten. Er informierte auch über Entscheidungen des Landesverwaltungsamtes.

So hat das Landesverwaltungsamt kritisiert, dass der Verkauf von Grundstücken im Charlottenviertel durch den Stadtrat beschlossen werden musste. (Der Verkauf der Grundstücke wurde nur durch die Verwaltung getätigt.) Der OB informierte weiter, dass er sich an das LVA und das Ministerium des Inneren wenden wird - mit der Bitte um vollständige Prüfung dieser „Sache“. Zum aktuellen Sachstand zur SKV Kita GmbH informierte er, dass das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt entschieden hat, dass für die Rückforderung einer festgestellten Überzahlung von Abschlagszahlungen auf Betriebskosten zusätzlich nochmals Ermessen ausgeübt werden muss. Der OB begründete, dass die Rückforderungen in den Jahren 2008 und 2009 rechtskräftig seien. Noch keine gerichtlichen Entscheidungen gibt es zu Rückforderungen aus den Jahren 2008 und 2009 vor. Der OB gab bekannt, dass bezüglich der Entscheidungen des OVG für die Jahre 2008 und 2009 derzeit die Einlegung von Rechtsmitteln und die Neuerteilung von Rückforderungsbescheiden geprüft werden.

Zur Abstimmung der Tagesordnung gab es von mehreren Fraktionen den Antrag, den Tagesordnungspunkt zur Entscheidung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt bis zur Entscheidung des Bürgerentscheides zu vertagen. Diesem Anliegen folgte die Mehrheit des Stadtrates.

Ziemlich „munter“ ging es bei der Abstimmung zur Sanierung der 2. Integrierten Gesamtschule in der Ingolstädter Straße zu. Die Verwaltung legte wieder eine Planung zur Sanierung ohne Aula vor. Das führte zu heftigen Kritiken aller Fraktionen und zu einem

gemeinsamen Änderungsantrag, der den Baubeschluss für den Neubau einer Aula im Oktober vorlegen sollte. Die Verwaltung argumentierte, dass dieser Beschluss nicht zu realisieren wäre. Nach einer Auszeit gelang ein „Kompromiss“, der jetzt beinhaltet, dass im Ok-

ttober eine Vorzugsvariante im Stadtrat beschlossen wird. ... Es läuft jetzt in die richtige Richtung!

Die Jahresabschlüsse der Stadtwerke, des Zoo's und auch der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle (TOOH) wurden beschlossen. Herr Rosinski, Geschäftsführer der TOOH, informierte über den finanziellen Stand der GmbH. Der Prozess der „Sanierung“ ist noch nicht abgeschlossen, aber mit einem Beschluss im Stadtrat wurde eine „überplanmäßige Aufwendung“ im Ergebnishaushalt von 1,7 Mio. EUR für die TOOH beschlossen, damit die Arbeit weitergehen kann.

Im letzten Jahr sind vom Land Sachsen-Anhalt Sprachlehrer mitten im Schuljahr abgezogen bzw. entlassen worden. Die Stadt Halle hatte, obwohl es eine „Landesaufgabe“ ist, Geld für die Sprachförderung zur Verfügung gestellt. Diese Förderung wird mit der Einstellung von 130.000 EUR weitergeführt.

Der Antrag aller Fraktionen zur Änderung der Hauptsatzung sowie der Zuständigkeitsordnung wurde angenommen. Mit diesem Antrag ändern sich jetzt die Wertgrenzen bei Grundstücksgeschäften, über die der OB allein entscheiden darf. Bisher lag die Grenze bei 250.000 EUR, jetzt bei 100.000 EUR.

Angenommen wurde auch ein Prüfantrag zu einem Mehrwegpfandsystem für Coffee-to-go-Becher. Unsere Fraktion war Mit Antragstellerin. Anja Krimmling-Schoeffler betonte in der Diskussion „Mehrweg ist auch Klimaschutz“.

Ute Haupt,
Stadträtin

**Petra Sitte:
Links. Was sonst.**



DIE LINKE, Fraktion im Stadtrat Halle (Saale)

Erster Bürgerentscheid in Halle (Saale)

Am 24. September wird gewählt! Neben der Wahl zum Deutschen Bundestag können die Bürgerinnen und Bürger Halles zum ersten Mal an einem Bürgerentscheid teilnehmen.

Nachdem der Stadtrat am 21. Juni 2017 das Bürgerbegehren mit großer Mehrheit für zulässig erklärt hat, die notwendigen Bedingungen erfüllt waren und auch unsere Fraktion dem zustimmte, können sich die Hallenserinnen und Hallenser nun zu folgender Frage mit „Ja“ oder „Nein“ positionieren:

„Sind Sie dafür, dass die Stadt Halle (Saale) die sanierte Hochhausscheibe A in Halle-Neustadt als neuen Verwaltungsstandort zu einer Nettokaltmiete von maximal 9,90 Euro/m² pro Monat für einen Zeitraum von 30 Jahren anmietet?“

Der Gegenstand des Bürgerbegehrens, die Anmietung der Scheibe A in Halle-Neustadt, hat den Stadtrat und die Fachausschüsse bereits seit Monaten beschäftigt. Es ging zunächst um einen Grundsatzbeschluss, ein Verwaltungszentrum in der Hochhausscheibe A zu errichten. Diese gehört nicht der Stadt Halle. Laut Verwaltungsvorlage ist im Grundbuch eine mittlerweile liquidierte Gesellschaft als Eigentümerin eingetragen. Zudem besteht eine Zwangssicherungshypothek über 440.000 Euro, deren Gläubiger ein Zwangsversteigerungsverfahren für die Scheibe A betreibt.

Der weitere Plan der Stadtverwaltung war, nach einem Grundsatzbeschluss Zugriff auf eines der Hochhäuser zu bekommen, um es als Verwaltungsstandort nutzbar zu machen. Deshalb sollte im Zuge eines Markterkundungs- bzw. Interessenbekundungsverfahrens eruiert werden, ob sich zu den gegebenen Rahmenbedingungen ein Investor findet, der sich bereit erklärt, eine der Scheiben so zu sanieren, dass sie als Verwaltungsstandort genutzt werden kann. Aussage der Stadtverwaltung war zudem, dass es bereits Interessenten gebe, die die entsprechende Sanierung einer Scheibe in Aussicht gestellt hätten. Mit diesen wollte man Gespräche führen, zugleich aber auch die Möglichkeit prüfen, ob eine Sanierung und Vermietung der Scheibe auch durch eine städtische Beteiligung möglich ist.

Zu einem Beschluss im Stadtrat kam es jedoch nicht - zu viele Fragen standen im Raum. Da der Versteigerungstermin der Scheibe A näher rückte, initiierten Herr Schachtschneider (CDU-Stadtrat) und Herr Heinrich (ehemaliger Beigeordneter) das Bürgerbegehren. Damit sollte sichergestellt werden, dass eine rechtzeitige Entscheidung für das Verwaltungsgebäude fällt und die Verwaltung eine Handhabe hat, an der Versteigerung teilzunehmen.

Dass die Verwaltung seit Längerem das Ziel verfolgt, die sozialen Dienstleistungen für Einwohnerinnen und Einwohner an einen zentralen, neuen Verwaltungsstandort zu bündeln, kann unsere Fraktion grundsätzlich unterstützen. Allerdings mit Einschränkungen, die wir in einem Änderungsantrag deutlich gemacht haben. So wollen wir, dass...

1. ... die Stadtverwaltung nur eine der Hochhausscheiben in Halle-Neustadt nach erfolgter Sanierung als neuen Verwaltungsstandort zu einer Nettokaltmiete von maximal 9,90 Euro/m² pro Monat für einen Zeitraum von 30 Jahren anmietet,
2. ... die bisherige sozialräumliche Standortverteilung der Verwaltung im Bereich der Jugendhilfe (z.B. ASD) trotz des neuen Verwaltungsstandortes vollständig erhalten bleibt (gemäß Stadtratsbeschluss III/2002/02388),
3. ... das „Haus der Wohnhilfe“ seine satzungsgemäße Zweckbestimmung behält und nicht veräußert wird

Wäre es im Stadtrat zu einer Abstimmung gekommen, hätten diese Änderungsanträge Priorität gehabt. Den Argumenten, dass das Zentrum von Halle-Neustadt aufgewertet wird und auch Verwaltungsstandorte effektiver gebündelt werden können, stimmen wir zu. Die Abstimmung des Stadtrates zum Verwaltungsstandort Scheibe A ist bis zum Ergebnis des Bürgerentscheides, also bis zur Oktobersitzung, ausgesetzt.

Je nach dem muss dann der Stadtrat entscheiden oder weitere Beschlüsse dazu fassen.

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

**AUF DEN PUNKT
GEBRACHT.**

Nr. 09

Staat rettet Profite privater Autobahnbetreiber

Rasend in die Pleite

Es klingt wie ein Stück aus dem Tollhaus. Da hat ein Konsortium aus den Bauunternehmen Bilfinger und Bunte sowie dem Infrastrukturfinanzierer John Laing ab 2008 ein Stück der A1 zwischen Bremen und Hamburg gebaut und wird es bis 2038 betreiben. Kredite in Höhe von 515 Millionen Euro mussten aufgenommen werden, die aus den Einnahmen der LKW-Maut finanziert werden sollten. Doch die Krise ab 2009 führte dazu, dass der Verkehr hinter den Prognosen zurückblieb. Gut, mag man sich denken, so ist das halt mit dem unternehmerischen Risiko: Bringt eine Investition nicht den erwarteten Umsatz, bleibt der Gewinn aus. Nicht so in diesem Fall. Denn es handelt sich um eine »öffentlich-private Partnerschaft«, kurz ÖPP. Und da soll das Risiko nach Ansicht des Konsortiums allein bei der öffentlichen Hand liegen – während die Gewinne privatisiert werden. Deshalb verklagt das Konsortium die Bundesrepublik auf entgangene Einnahmen in Höhe von 645 Millionen Euro.

Versagen mit Ansage

Der zuständige Verkehrsminister Dobrindt (CSU) hat von den Vorgängen um die A1

Bundesrechnungshof zur Autobahn

Der Bundesrechnungshof hat sich kritisch zur geplanten Überführung der Autobahnen aus der Auftragsverwaltung der Länder in eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft geäußert. Höhere Kosten entstünden allein dadurch, dass eine solche Gesellschaft – vor allem wenn sie (teils) privatisiert ist – am Kapitalmarkt deutlich höhere Zinsen zahlen müsste als der Staat (mit derzeit Zinsen um 0 Prozent).

Bereits im Jahr 2014 hatte der Bundesrechnungshof die schon durchgeführten ÖPP-Vorhaben deutlich kritisiert.

Mobil schon seit 2013 gewusst. Doch offensichtlich hat er alles getan, um das alles unter der Decke zu halten. Der Grund ist einfach. Er hat in der Koalition durchgesetzt, dass in diesem Sommer durch eine Grundgesetzänderung der gesamte Autobahnbetrieb in Deutschland in eine ÖPP überführt werden kann. Gegenfinanzierung und Profite sollen über die LKW-Maut und über Pläne für eine PKW-Maut sichergestellt werden. Doch statt der Maut sollen die privaten Betreiber eine Pauschale pro Fahrzeug erhalten, um ihre Risiken zu minimieren. Damit ist klar: Die Profite der über ÖPP betriebenen Autobahnen sollen auch weiterhin über Zuzahlungen aus dem Staatshaushalt gesichert werden. Letztlich landen sie bei den Banken, denn wie im Fall von A1 Mobil werden solche Projekte zu fast 100 Prozent über Kredite finanziert. Das macht den Staat erpressbar, denn eine drohende Pleite der Banken würde zu einer noch größeren Krise führen. Mit weiteren 11 Projekten einer neuen »ÖPP-Generation« (Finanzierungsvolumen 15 Milliarden Euro) sollen ausdrücklich Anlagemöglichkeiten für private Rentenversicherungen und Pensionsfonds geschaffen werden. Ein weiteres Motiv für Dobrindt und Finanzminister Schäuble (CDU), das Scheitern von A1 Mobil unter der Decke zu halten.

Privat vor Staat = Profit vor Bedarf

Öffentliche Infrastruktur wie Autobahnen und Eisenbahnverkehr sollen den gesellschaftlichen Bedarf an Mobilität sichern. Beschäftigte müssen zu ihren Arbeitsstätten, produzierte Waren zu den Kundinnen und Kunden transportiert werden, Menschen besuchen sich. Dies kann nicht überall gewinnbringend gelingen, gerade in dünn besiedelten Räumen. Große Teile der Infrastruktur können also gar nicht gewinnbringend betrieben werden. Hier wird offensichtlich, dass bei privatisierten öffentlichen Infrastrukturen ein unauflösbarer Zielkonflikt zwischen gesellschaftlichem Bedarf und privatem Profitinteresse besteht. Deshalb ist für uns klar: Die Infrastruktur gehört in öffentliche Hand!

DIE LINKE fordert:

- Alle geplanten ÖPP-Vorhaben müssen gestoppt und alle abgelaufenen Vorhaben durch den Bundesrechnungshof überprüft und abgewickelt werden.
- Eine sozial gerechte und ökologische Verkehrswende: Statt Milliarden in den Autobahnausbau zu stecken, brauchen wir einen Ausbau des Güterzugnetzes. Der Regionalbahnverkehr muss elektrifiziert werden. Der gesamte Bahnverkehr muss in die öffentliche Hand überführt werden. Wir brauchen eine Verkehrsinfrastruktur, die sich am gesellschaftlichen Bedarf ausrichtet, und nicht am Profitstreben von Unternehmen und Banken.
- Keine Privatisierung der Autobahnen! Die Grundgesetzänderung im Juni 2017 hat eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes geschaffen, die die Privatisierung der Autobahnen vorbereiten soll. Sie muss wieder gestrichen oder um die Klarstellung ergänzt werden, dass es keinerlei Privatisierungen oder ÖPP mit dieser Gesellschaft geben darf.
- Die CSU darf nie wieder den Verkehrsminister stellen.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.

Das Rentenkonzept der Linken und Realisierbarkeit

Veranstaltung am 18.08.2017 mit Matthias W. Birkwald in Querfurt

Trotz intensiver Werbung für diesen Vortrag war die Resonanz der Bürger und auch der Genossen enttäuschend. Es ist unerklärlich, wie hoch das Desinteresse der Menschen an ihrer Zukunft und auch an allgemeiner Bildung ist. Nur wenn man die Zusammenhänge kennt und informiert ist, wie man es besser machen kann, kann man Zusammenhänge begreifen und verstehen. Verzichtet man, gibt man sich auf oder hat sich schon aufgegeben. Nur mit Meckern und Parolen ändert man nichts an den doch menschenfeindlichen politischen Strategien der Regierenden. Um mit Immanuel Kant zu antworten: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.“

Darüber sollte man nachdenken.

Der Vortrag von Matthias Birkwald war sehr gut und informativ in Fragen der Finanzierung unseres solidarischen Rentenkonzeptes. Es ist eine unsinnige Diskussion der Regierung und anderer neoliberaler Parteien, Rentenkürzungen und das Renteneintrittsalter nach oben zu schrauben. Es wäre alternativlos und läge im demographischen Wandel der Gesellschaft begründet; es ist ein „hinter die Fichte führen“ der Menschen. Matthias hat dies sehr anschaulich an Graphiken dargestellt, was diese Diskussion jeglichen wissenschaftlichen Grundlagen entbehrt. Auch das „Teile- und -herrsche-Prinzip“, Jung gegen Alt und umgekehrt auszuspielen, war Gegenstand der Ausführungen und wurde sehr gut ad absurdum geführt. Was mich nicht erstaunte, sondern meine Ansichten bestätigt hat, ist das systematische Abhängen des Ostens von Deutschland. Wie subtil wir hier in die Armut getrieben werden, ist unbegreiflich. Nicht nur in Fragen der Lohnentwicklung, wo wir mit ca. 23% unter den Löhnen in den alten Bundesländern liegen, was sich natürlich auf die spätere Rente auswirken wird. Auch wie die jetzigen Rentner trotz jährlichem Rentenausgleichs immer weniger bekommen und sich langsam an die 44,7% Grenze über die Jahre angleichen werden. Dies wurde mathematisch nachgewiesen. Die Regierung hat ein Angleichungskonzept der Ostrenten an die Westrenten wohl erarbeitet. Das ist wie alles nur Spiegelfechtereie und ohne Umrechnungsfaktor Ost, der wohl ab 2030 für die Neurentner nicht

mehr gelten soll. Dieses Konzept wird diese Rentner in die absolute Armut bringen. Einmal bedingt durch das niedrige Lohnniveau der letzten 26 Jahre und folgende, zum anderen mit den jährlichen Rentenerhöhungen. Hier herrscht eine Diskrepanz zur Lohnentwicklung und der Rentenerhöhung. Diese Erhöhungen liegen weit unter der Lohnentwicklung im Land. Die Differenz zwischen den jährlichen Lohnsteigerungen und den jährlichen Rentenerhöhung führt automatisch zum Absinken der Rentenprozente bis die angesteuerten 41,7% im Jahr 2030 erreicht sind. Das bedeutet, dass bei den jetzigen Rentnern ein Sinkflug ihrer Rentenbezüge zu dem Reallohn bereits begonnen hat.

Daraus ergab sich die Schlussfolgerung, es muss endlich ein Angleich der Ostlöhne und der Ostrenten an den Westen erfolgen; nicht erst in 7 Jahren, sondern sofort. Der Umrechnungsfaktor Ost muss beibehalten werden, bis die Angleichung der Löhne im Osten für die Renten greifen werden. Auch die Lohnentwicklung sollte sich dem Tarifbereich angliedern (gleiche Arbeit, gleicher Lohn) für Leiharbeit und prekär Beschäftigte, Arbeitsbefristungen sollte man abschaffen, damit die Menschen wieder ihr Leben planen können. Der Arbeitgeberanteil ist wieder zu erhöhen, der Riesterunfug wäre zu beseitigen und das solidarischen Rentensystem ist zu stärken und auszubauen. Als Grundlage sollte das österreichische Rentenkonzept als Vorlage dienen.

Das solidarische Rentenkonzept der Partei DIE LINKE steht auf soliden Füßen und ist realisierbar - wir müssen es nur wollen und alle dafür kämpfen. Es ist kein gewinnbringendes Geschäft für die Versicherungen und die Banken, aber eine reale Rente für die arbeitenden Menschen in unserem Land.

Linke und Gewerkschaften sollten gemeinsam Druck aufbauen und die Regierenden dazu zwingen, dieses solidarische Rentenkonzept zu realisieren. Wer Werte schafft und für die Gesellschaft Arbeitsleistungen erbringt, soll im Alter nicht Flaschen sammeln und Minijobs annehmen müssen, um seinen Lebensabend zu fristen. Als Abschluss Berthold Brecht: „Werkämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren“.

Elke Stier

AfD traf sich im Goldenen Löwen Landsberg

Die Landsberger Ortsgruppe betrachtete mit einem mulmigen Gefühl in der Magengegend die Werbung der AfD für eine Bürgersprechstunde am 17. August im Stammsitz „Goldener Löwe“. Nach einem breiten Austausch unter den Mitgliedern, wie wir auf den Fremdbesuch reagieren, kam uns spontan das Bündnis Halle gegen Rechts zu Hilfe und nahm uns die Entscheidung ab. Mit Transparenten und Plakaten beteiligten wir uns am Protest gegen die Stimmungsmache der AfD. Und wir hatten weitere Unterstützer: das Seuchenschutzkommando aus Querfurt tauchte auf, um den Vorplatz vor dem Goldenen Löwen zu entnazifizieren.



Alles in allem verlief der Protest friedlich und nicht erfolglos. Wir haben erreicht, dass die AfD unter sich blieb und keinen Bürger für ihre fremdenfeindliche und unsoziale Politik aus dem Häuschen locken konnte. Wir werden auch weiterhin Gesicht zeigen und Aktionen von rechts nicht stillschweigend hinnehmen. Vielen Dank an alle, die Zivilcourage gezeigt haben und an der Aktion teilgenommen haben.

Der Ortsverband Landsberg
i.A. Felix Teske

Neues aus dem Ortsverband Wettin-Löbejün

von Klaus-Dieter Iffarth

Bei uns ist immer was los! Unser Ortsverband hatte einen ganz besonderen Anlass, sich außerhalb unseres Versammlungsrhythmus zu treffen.

Unser Genosse Herbert Schmidt aus Priester/Nauendorf hatte uns anlässlich seines 90. Geburtstages zum gemütlichen Beisammensein eingeladen. Zu Beginn verlas Genosse Schmidt gerührt eine Grußadresse unseres Landesvorsitzenden. Grüße vom Kreisvorstand waren leider eine Fehlanzeige. Für ein Geburtstagsständchen hatte eine Genossin den Löbejüner Lehrer Rainer Scherfans eingeladen. Er sang sein selbst getextes und komponiertes Lied über den Saalekreis zu Herberts Ehren. Während eines herzhaften Essens – Schweinskeule, Kartoffeln und Sauerkraut – diskutierten wir über die aktuelle Politik und kommunalpolitische Probleme. So auch über das Plötzer Fest „Schicht im Schacht“ anlässlich des 50. Jahrestages der Schließung des Plötzer Steinkohlebergbaus, der seit dem 14. Jahrhundert betrieben wurde. Unser Dank dafür dem Jugendklub und Heimatverein und dem Plötzer Ortschaftsrat, der ja ganz in Linker Hand ist.

Auf diesem Weg nochmals herzliche Grüße und Glückwünsche an unseren Genossen Herbert Schmidt von den Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Wettin-Löbejün.

Querfurt begeht Weltfriedenstag

Am 1. September war es wieder soweit – Weltfriedenstag. Ein Grund, um sich der Öffentlichkeit mit einer Veranstaltung zu präsentieren. Die Ortsgruppe Querfurt/Weidaland war dieses Jahr Organisator und Ausrichter. Das gewählte Motto „Hallo Nachbar, Frieden ist machbar“ passt hervorragend in die heutige Zeit und regt zum Nachdenken an. Leider waren nicht so viele Querfurter vertreten, wie wir es uns gewünscht hätten. Dennoch ließen wir uns die Stimmung nicht verderben und kamen mit den wenigen Teilnehmern ins Gespräch. Anlass dazu waren die Redebeiträge zum Thema Frieden von Ekhard Mehlhorn vom Bündnis Querfurt für Weltoffenheit, von MdL DIE LINKE Kerstin Eisenreich und von unserem Direktkandidaten für den Bundestag Alexander Sorge. Musikalisch wurde die Veranstaltung von Ulli Schwinge begleitet, der mit vielen Friedensliedern aufwarten konnte. Ein besonderes Highlight für Groß und Klein waren die vom Geflügelzüchterverein Querfurt mitgebrachten weißen Tauben, die wir persönlich per Hand in den Himmel entsenden konnten. Umwerfend war das gesungene Lied „Kleine weiße Friedenstaube“. Ein syrisches Mädchen sang den Song und brachte durch ihren Hintergrund einmal mehr Gänsehautstimmung.

Das Ende der Veranstaltung läuteten blaue Luftballons ein, die wir gemeinsam in den Himmel steigen ließen.
Ortsverband Querfurt/Weidaland
i.A. Elke Stier

Post von Lene

Hallo, liebe Mitlinke,

Uff, die Schule hat uns wieder. Und gleich ging es los mit Ausfall. Schon am 2. Schultag sollten wir eine Stunde später kommen, weil unser Deutschlehrer Herr Reim sich einen schweren Husten und eine Erkältungskrächzstimme geholt haben soll. Vielleicht hatte er sogar Fieber. Und er tat mir Leid. Eine Vertretung war nicht da und am Nachmittag durften wir eine Stunde eher nach Hause, und zwar aus dem gleichen Grund.

Na, das fing ja gut an!

Unsere Nachbarin ist Lehrerin an einer Grundschule. Die hat zu Mama gesagt, dass sie den Eltern der 2. Klasse mitteilen musste, dass sie ihre Kinder eine Stunde später in die Schule schicken sollen, weil sie nicht mal eine Aufsicht für die Knirpse haben.

Da hatte doch der schwarz eingefärbte Herr Schulminister Tullner noch vor den Ferien großkotzig behauptet, dass der Unterricht zu 100% gesichert ist und die am meisten jammernden Grundschulen würden sich nur einbilden, dass sie für das neue Schuljahr zu wenig Lehrerinnen und Erzieherinnen haben würden.

Seine Zahlen sagen etwas Anderes.

Und da hörte ich, wie Opa, als er das in der Zeitung namens MZ gelesen hatte, in seinen nicht vorhandenen Bart zu Oma knurrte: „Ich traue auch nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe.“. Also muss der Herr Tullner doch irgendwie getrixt haben mit seiner Recherei. Oder?

Vor den großen Ferien hatten die Linken und ein Lehrerverein namens GEW schon vorgerechnet, dass es zu Schuljahresbeginn erheblichen Ausfall geben würde. Tullner hat das zwar etwas vornehmer ausgedrückt, aber übersetzt hieß das soviel wie: die spinnen. Ganz schön überheblich von ihm, finde ich. Alle spinnen außer ihm!

Nun haben wir den Salat, nämlich Ausfall. Und nicht nur an den Grundschulen! So, das war der Schulstart. Am meisten habe ich mich nach dem Ostseurlaub mit meinen Eltern darauf gefreut, dass ich mit meinen besten Kumpels Anton und Leo wieder in meiner

Bude in Omas und Opas Garten zusammenhocken konnte. Wir wollen ja immer alles besprechen über Politik, Schule und alles, was uns gerade einfällt.

Nun ist gerade Wahlkampf. Und da gibt es im Fernsehen sogenannte Tokrunden mit Politikern, die in das Hohe Haus in Berlin gewählt werden wollen. Da

konnte ich auch mal wieder heimlich lauschen. Ihr wisst ja sicher noch, wie ich das so anstelle Ganz langweilig fand, die Runde mit Ändschi Merkel und dem neuen Star der SPD namens Martin Schulz, der jetzt oberster Chef in Berlin werden will. Ich dachte, die sagen sich gegenseitig ganz deutlich ihre unterschiedliche Meinung, aber Ändschi hat zu vielem, was der Martin gesagt hat, freundlich genickt.

Da ist mir bei meinem Lauschangriff etwas Doofes passiert: Ich bin eingepennt. Ich bin gerade noch rechtzeitig aufgewacht, um mich heimlich rauszuschleichen. Und so konnte ich leider meinen Kumpels nichts darüber berichten. Bei einer anderen Tokscho soll es einen richtigen Schkandal gegeben haben, habe ich gehört. Da ist die Spitzenkandidatin der AfD namens Alice Weidel einfach aus dem Studio gegangen, als ein anderer Politiker von ihr gefordert hat, dass sie sich von einem der ganz Rechten in der AfD namens Höcke distanzieren soll. Vorher soll sie ganz schön rumgepöbelt haben. Den Namen Höcke habe ich schon öfter von meinen Großeltern gehört, und zwar wegen seiner Naziauffassungen. Und einer ziemlich brutalen Sprache. Er soll auch behauptet haben, dass es die Ermordung von Millionen Juden in der Nazizeit nicht gegeben hätte. Das wäre eine Lüge. Und so was darf weiter Politiker in einem Landtag sein?

Hoffentlich fallen nicht wieder so viele auf die Parolen der AfD rein wie bei der Landtagswahl bei uns im vorigen Jahr.

Tschüss

Eure Lene

